

# Mehr Kompetenzen für den Kanton

**DEPONIEWESEN** Der Grosse Rat hat gestern die Debatte über den Raumplanungsbericht in Angriff genommen und mehrere Grundsatzentscheide gefällt. Er sagt Ja zum verdichteten Bauen und dazu, dass der Kanton im Deponiewesen mehr Einfluss hat.

Gestern nahm der Grosse Rat Kenntnis vom ersten Raumplanungsbericht. Dieser sei, erklärte Kommissionspräsident Blaise Kropf, sozusagen der Prolog zu drei wichtigen Vorlagen, mit denen sich der Rat ab 2015 beschäftigen werde. Es sind dies die Revision des kantonalen Baugesetzes, die Anpassung des kantonalen Richtplans sowie die zustande gekommene Kulturlandinitiative. Die Anpassungen auf kantonaler Ebene sind nötig, weil die Schweizer Stimmbewölkerung im Jahr 2013 dem revidier-

ten Raumplanungsgesetz zugestimmt hat. Auch die Annahme der Zweitwohnungsinitiative habe die Rahmenbedingungen verändert, so Kropf. Die Regierung legte deshalb dem Parlament nicht nur den Raumplanungsbericht zur Kenntnisnahme vor, sondern stellte zudem drei grundsätzliche Fragen. So wollte sie wissen, ob der Grosse Rat dem Paradigmenwechsel zur Siedlungsentwicklung nach innen, also dem verdichteten Bauen, sowie der Arbeitszonenbewirtschaftung zustimme. Bei Letzterem geht es um die Einführung der jährlichen Erhebung der freien Gewerbebauzonen.

## «Markt funktioniert gut»

Am meisten zu reden gab die dritte Frage, bei welcher die Regierung ihre Kompetenzen im Deponiewesen erweitern wollte. Diesem Punkt stimmte der Rat

**«Im Kanton werden Zehntausende Kubikmeter Kies herumgekartt, nur um Konkurrenz zu verhindern. Das schadet der Wirtschaft, der Bevölkerung und den Strassen.»**

Christoph Neuhaus

schliesslich mit 67 zu 63 Stimmen zu. Vertreter von FDP, BDP und SVP wehrten sich vergeblich gegen die Kompetenzerweiterung. Das heutige System funktioniert gut, deshalb sei es unnötig, dass der Kanton hier eingreife, erklärte etwa Peter Sommer (FDP, Wynigen). «Wir wollen ei-

nen funktionierenden Markt», erklärte Bernhard Riem (Iffwil) namens der BDP-Fraktion und forderte mehr Abbau- und Deponiestandorte im Kanton. Diese Ansicht teilte zwar Marianne Dummerth (SP, Thun). Nicht jedoch jene, dass der Deponiemarkt funktioniere. «Wenn durch Probleme entstehen, dann müssen wir eingreifen», hielt sie den Bürgerlichen entgegen. Deshalb seien dem Kanton in diesem Bereich mehr Kompetenzen zu geben. «Wie genau, ist zwar noch unklar, hier geht es darum, einen Grundsatzentscheid zu fällen.»

## Weko schaltet sich ein

Regierungsrat Christoph Neuhaus (SVP) stimmte dem Grundsatz zwar zu, dass der Kanton dort nicht eingreifen solle, wo etwas gut funktioniere. Im Bereich Abbau, Deponie und Transporte sei dies aber nicht der Fall. Es

würden Zehntausende Kubikmeter Kies im Kanton herumgekartt, nur um Konkurrenz zu verhindern. Im Deponiewesen herrsche ein Oligopol, das schädlich für die Wirtschaft sei. Zudem würden die Bevölkerung und die Strassen unter dem unnötigen Verkehr leiden. Die Zeitung «Bund» hatte kürzlich darüber berichtet, dass es im Kiesgeschäft kartellähnliche Strukturen gebe. Laut Neuhaus geht die Wettbewerbskommission (Weko) dem Vorwurf nun nach und will die Strukturen überprüfen.

Der Rat gab zudem einige Planungsentscheidungen ab. Diese sollen der Regierung den Weg weisen, sind jedoch nicht verbindlich. Das Parlament sagte Ja zum verdichteten Bauen, zur Arbeitszonenbewirtschaftung und dazu, dass der Kanton das elektronische Baubewilligungsverfahren einführt. *Andrea Sommer*

## In Kürze

### GROSSER RAT Beitrag für Kornhaus

Der Grosse Rat hat sich gestern einstimmig dafür ausgesprochen, die Kornhausbibliotheken 2015 mit 566 000 Franken zu unterstützen. Dies ist nötig, weil der neue Leistungsvertrag erst 2016 in Kraft tritt. Ab dann werden die Kornhausbibliotheken gemeinsam von Stadt Bern, Kanton und Regionalkonferenz Bern-Mittelland finanziert. *as*

### VORSTOSS Frauenhäuser fordern Gelder

Über von häuslicher Gewalt betroffenen Kinder, welche mit ihren Müttern in die Frauenhäuser gehen, werde sehr wenig gesprochen, steht in einer Mitteilung der Frauenhäuser Kanton Bern. Die drei Frauenhäuser arbeiten seit Jahrzehnten mit diesen Kindern, werden aber nicht dafür entschädigt. Darum wurde Grossrätin Beatrice Stucki (SP) auf dem politischen Parkett aktiv und reichte eine Motion ein. Sie verlangt, dass der Kanton diese Arbeit der Frauenhäuser finanziell unterstützt. *pd*

### BIEL Die SVP verlangt eine Puk

Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen wird an der heutigen Stadtratssitzung eine Motion einreichen. Die Forderung: der Einsatz einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK). Diese soll die Rolle des Bieler Gemeinderats rund um die Veröffentlichung des Teilberichts zur Administrativuntersuchung in der Direktion Soziales und Sicherheit (DSS) überprüfen. Man werde den Eindruck nicht los, als wollte die Exekutive etwas verheimlichen, sagt Mathias Müller, Vizepräsident der SVP Biel. Dass SVP-Sozialdirektor Beat Feurer «zum Sündenbock gemacht wird», könne die Partei nicht so stehen lassen. *fup/BT*

# Die Stadt erlässt strengere Auflagen

**THUN - YB** Die Stadt reagiert auf die Scharmützel rund um das letzte Heimspiel des FC Thun: Für das Derby vom kommenden Sonntag erlässt sie strengere Sicherheitsvorschriften.

Der Thuner Sicherheitsvorsteher Peter Siegenthaler (SP) setzt seine Drohung um: Für das nächste Heimspiel des FC Thun gelten strengere Sicherheitsvorschriften. Dies, nachdem es beim letzten Heimspiel gegen den FC Aarau zu Zwischenfällen gekommen war. So hatten Thuner Fans eine Knallpetarde gezündet und später beim Bahnhof Anhänger des FC Aarau angegriffen.

Die Auflagen, die im Rahmen des Hooligan-Konkordates erlassen werden, sind folgende: «Der FC Thun muss die Eingangskontrollen verstärken, zudem werden grosse Fahnen und Transpa-

rente im Heimsektor nicht mehr zugelassen», schreibt die Stadt in einer Mitteilung. Der Club habe zu gewährleisten, dass keine Rauch- und Knallpetarden ins Stadion gelangen. «Die Erfahrung hat gezeigt, dass unerlaubte Petarden oftmals hinter grossen Fahnen gezündet werden. Damit wird den Sicherheitsdiensten verunmöglicht, die Täter zu identifizieren», steht in der Mitteilung. Mit dem Verbot von grossen Fahnen im Heimsektor soll dem entgegengewirkt werden.

Das Verbot soll jene treffen, welche für die unschönen Szenen hauptverantwortlich waren. «Es ist keine schöne Massnahme, aber ich bin überzeugt, dass sie am wenigsten Unbeteiligte trifft», erklärt Siegenthaler.

Die strengeren Auflagen gelten vorerst für den Match Thun - YB vom kommenden Sonntag.

*Nik Sarbach*



**Solche Szenen wird es am Sonntag nicht geben:** Weil Petarden oftmals hinter grossen Fahnen gezündet werden, wie hier während des Spiels Thun - Aarau vom 25. Oktober, hat die Stadt verfügt, dass beim Spiel Thun - YB keine grossen Fahnen in die Stockhorn-Arena gebracht werden dürfen. *Keystone*

## Weniger Sport

**SCHULE** Der Grosse Rat will die Sparmassnahmen im Gymnasium nicht rückgängig machen. Damit bleibt es dabei: Die Berner Tertianer haben weniger Sportunterricht.

Im Rahmen der Sparmassnahmen beschloss das Kantonsparlament letzten November, den Sportunterricht an den Gymnasien zu kürzen. Insgesamt müssen die Gymnasien neun Millionen Franken einsparen. Gestern nun lehnte es eine Motion von SP, FDP und BDP mit 102 zu 44 Stimmen ab, die dies rückgängig machen wollte. Damit werden die Tertianer ab 2017 während eines Semesters zwei statt drei Sportlektionen haben. Die Kürzung wird mit einer obligatorischen Sportwoche kompensiert. Die Mehrheit des Grossen Rates hält dies nach wie vor für vertretbar. Die Motionäre monierten, der Kanton verstosse damit gegen Bundesgesetz. Durch die neu obligatorische Sportwoche erfülle der Kanton die Vorgaben, widersprach Erziehungsdirektor Bernhard Pulver (Grüne). Nur die SP sprach sich mehrheitlich dafür aus, die Sparmassnahme rückgängig zu machen. Alle anderen Fraktionen sprachen sich grossmehrheitlich für ein Festhalten am Sparentscheid aus. *as*

## 3,9 Millionen Franken für die International School

**GROSSER RAT** Der Kanton unterstützt den Neubau der International School of Berne. Auch wenn das Projekt vielen nicht gefällt.

Er habe extra Trauerkleider angezogen, sagte Grossrat Ulrich Stähli (BDP), als er gestern ans Rednerpult trat. Schwarzes Hemd, schwarzer Sakko.

Stähli ärgerte sich über die Pläne der International School of Berne. Auf dem Siloah-Areal in Gümligen will die ISB für 29 Millionen Franken ein neues Schulhaus bauen, 214 Meter lang und 50 Meter breit, einstöckig. Ein Projekt, das Stähli als «raumplanerisch ganz schwach» bezeichnet. Er wehrte sich gegen die 3,9 Millionen Franken, die der Regierungsrat an den Neubau zahlen will. Chancen sah er kaum. «Ich dachte, ich sei ein einsamer Rufer in der Wüste.»

War er nicht. Vor allem die Grünliberalen wetterten. Wer Bauland so verschwende, sagte Thomas Brönnimann, der könne ihm nicht erzählen, dass er auf Kantongelder angewiesen sei.

## Signal an die Wirtschaft

Das Projekt der ISB hat die Parteien gespalten. Das zeigte sich, als ein Redner nach dem anderen ans Mikrofon trat. Die meisten

sagten mehr oder weniger das Gleiche. Die eingeschossige Bauweise war je nach Sprecher «eine Fehlleistung» (Grüne), «ein Sündenfall» (BDP) oder «Verschleiss» (FDP und SVP), den man nicht belohnen sollte.

Das ist die eine Seite. Die andere ist das wirtschaftliche Interesse: Bern brauche eine Schule wie die ISB. Sie mache den Kanton

**«Das ist nicht das richtige Projekt dafür, ein Exempel zu statuieren.»**

*Fritz Wyss, Finanzkommission*

attraktiver für internationale Firmen, bringe so Steuergelder ein. Darum sei dieser Beitrag ein starkes Signal an die Wirtschaft.

## Falscher Zeitpunkt für Kritik

Die Kritik am Baustil komme viel zu spät, fanden die Befürworter – der Bau ist längst bewilligt. «Das ist nicht das richtige Projekt dafür, ein Exempel zu statuieren», sagte Fritz Wyss (SVP) im Namen der Finanzkommission. Eine Mehrheit sah das genauso. 87 Ja gegen 46 Nein stand es zuletzt, bei 16 Enthaltungen. *dog*

## Pulver bleibt zuständig

**LEHRPLAN 21** Der Grosse Rat will über die Kosten des Lehrplans 21 informiert werden. Eine inhaltliche Diskussion und eine erneute Überarbeitung des Lehrplans lehnt er dagegen ab. Die Einführung des Lehrplans bleibt Sache der Regierung.

Das Kantonsparlament sprach sich gestern mit 83 zu 63 Stimmen dafür aus, die Einführung des Lehrplans 21 in der Kompetenz des Erziehungsdirektors zu belassen. Damit erteilte der Grosse Rat einem Vorstoss der EVP eine Absage. Einzig über die Folgekosten will der Rat informiert werden. Diesem Punkt stimmte er mit 91 zu 53 Stimmen zu. Gegen den ersten Punkt wehrte sich Erziehungsdirektor Bernhard Pulver (Grüne). Dies mache keinen Sinn, zumal der Grosse Rat bei einer entsprechenden Gesetzesänderung auch künftig über jede auch noch so geringfügige Änderung des Lehrplans befinden müsse. Mit der Vorlage der Kosten zeigte sich Pulver hingegen einverstanden, empfahl jedoch, diesen Punkt anzunehmen und gleichzeitig als erfüllt abzuschreiben. Denn in der Budgetdebatte vom November 2015 würden die Kosten der Lehrpläneinführung ohnehin ins Parlament kommen. Nur die SVP unterstützte das Anliegen der EVP. Chancenlos war auch ein Postulat von Sabina Geissbühler-Strupler (SVP, Herrenschwanden). Sie hatte eine nochmalige Überarbeitung des Lehrplans gefordert. *as*

ANZEIGE

ECOPOP!  
NEIN!

WEDER GRÜN  
NOCH LIBERAL

grünliberale  
www.grunliberale.ch